
Dieter Schmidt

Ostdeutschland: Gewerkschaften ohne Solidaritäts-Kultur

Dieter Schmidt, geb. 1937 in Oer-Erkenschwick, Ausbildung als Bergmann, Gewerkschaftssekretär, Chefredakteur der DGB-Jugendzeitschrift „ran“ und der Wochenzeitung „Welt der Arbeit“, ist Leiter der Außenstelle des DGB-Bundesvorstandes in Berlin.

„Nach anfänglich großer Skepsis gegenüber den Gewerkschaften aufgrund der FDGB-Erfahrung war die Erwartung ungeheuer groß, viel zu groß. Die Rolle einer Gewerkschaft im Rahmen der parlamentarischen Demokratie wurde überschätzt. Die Menschen dachten, die Gewerkschaft hat die gleichen

gesetzlichen Möglichkeiten, wie sie das Arbeitsgesetzbuch der DDR bot. Und dazu kommt die Power der IG Metall, die sie in Tarifikämpfen bewiesen hat. Diese Erwartungshaltung war zu groß, man konnte sie nicht erfüllen. Inzwischen gibt es Ernüchterung, auch zum Teil Enttäuschung. Es wurde auch erwartet, daß die Gewerkschaften ‚aus dem Westen‘ das schon richten - Arbeitsplatzsicherheit, Einkommen usw. Insofern war der Streik 1993 in Sachsen, bei dem wir hier selbst um unseren Tarifvertrag kämpfen mußten, eine sehr heilsame Erfahrung." So resümierte Sieghard Bänder, seit 1990 Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle in Chemnitz gegenüber „Neues Deutschland“ vom 30. Juni 1995. Treffender ist die Lage - nicht die Rolle - der Gewerkschaften im Beitrittsgebiet kaum zu beschreiben.

I.

Vor fünf Jahren waren in der Chemnitzer Region 64 000 Personen bei der IG Metall eingetragen, 1995 sind es noch 35 000. Vor fünf Jahren aber zählte die Metall- und Elektroindustrie 80 000 Beschäftigte, derzeit sind es nur noch 15 000. Und 5 000 Arbeitsplätze werden im Handwerk gezählt. „Die anderen (Mitglieder) sind arbeitslos oder Vorruehändler. Abgänge haben wir vor allem bei Verlust des Arbeitsplatzes, bei Wechsel in die Baubranche oder in den Westen." So ebenfalls Sieghard Bänder in seiner Bilanz nach fünf Jahren Währungsunion.

Ein Wirtschaftsredakteur des „Spiegel“ meinte im „Presseklub“ der ARD, die Gewerkschaften im DGB hätten in Ostdeutschland noch zu viele Mitglieder: Wo es keine Arbeitsplätze gebe, da gebe es auch keine Gewerkschafter, so seine Ansicht. Jener Teil der organisierten Arbeitslosen oder Vorruehändler, deren Rückkehr an einen Arbeitsplatz nicht mehr möglich sei, werde irgendwann ausscheiden.

Klaus von Dohnanyi, ehemaliger Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, als Sozialdemokrat im Osten mit Wirtschaftskompetenz ausgewiesen, bilanziert: „Das zentrale Problem ist die geringe Wertschöpfung und die Ursache hierfür ist die weitgehende Entindustrialisierung Ostdeutschlands. In den historischen Industriegebieten Deutschlands, in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Berlin, gibt es heute kaum noch 700000 Industriebeschäftigte - nach Westmaßstab müßte es 1,8 Millionen geben. In der gesamten Ostregion gibt es nicht eine originäre Ostmarke mit bundesweiter oder gar internationaler Bedeutung, weder im Konsumgüter- noch im Investitionsgüterbereich. Es gibt kaum größere Unternehmen und keinen einzigen überregional bedeutsamen und wirklich selbständigen Firmensitz.“

Entgegen den Hurraberichten über den ostdeutschen Aufschwung meint Klaus von Dohnanyi: „Diese Lage ist dramatisch. Um sie zu korrigieren, bedarf es zunächst einer klaren Erkenntnis für ihre Ursachen. Zunächst ist festzuhalten, daß Ostdeutschlands Entindustrialisierung nicht mit der Wie-

dervereinigung begann, sondern mit der Teilung. Die kommunistische Herrschaft hatte nach und nach die bedeutendsten Unternehmen und Marken aus der sowjetischen Besatzungszone in westliche Märkte vertrieben. So ging nach 1945 Siemens von Berlin nach München, Zeiss von Jena nach Oberkochen, Audi übersiedelte von Zwickau nach Ingolstadt, BMW von Eisenach nach München und Regensburg und Hanni von Dresden nach Hamburg." Die Analyse ist richtig. Was heißt dies für die DGB-Gewerkschaften in Ostdeutschland?

Die klassische Formel, wonach Gewerkschaftsmitglieder in erster Linie im Betrieb betreut werden, gilt für die neuen Länder deshalb nicht, weil bei vielen Gewerkschaften über 50 Prozent der Organisierten nicht mehr in Arbeit sind - so die Lage in der ehemaligen Stahlstadt Riesa. Die einzige Verbindung zur Gewerkschaft sind die Zusendung der Verbandszeitung und der Kontoauszug, wenn der Beitrag abgebucht wird.

Ostdeutsche sehen täglich erheblich länger Fernsehen als Westdeutsche, dann aber meist einen unpolitischen, unterhaltenden Kommerzsender. Aus diesen Programmen, die man eher als Betäubungsmittel oder optische Rauschgifte bezeichnen könnte, sind sozialpolitische Themen verbannt.

Überregionale westdeutsche Blätter und dort etablierte Wochenzeitungen sowie politisch ausgerichtete Illustrierte finden in den neuen Ländern kaum Abnehmer. Gewinner sind die früheren Bezirksblätter der SED, die auch in der Gegenwart noch anders gestaltet sind als vergleichbare Produkte aus der Altrepublik. Ostdeutsche Leser wollen nicht unterhalten, in erster Linie möchten sie informiert werden. Und da die meisten Verleger nur die Cheftagen auswechselten, in den Redaktionen aber gelernte Ostler beließen, verstehen die, anders als westdeutsche Journalisten und Redakteure, ihre Leser zu informieren. Sie kennen deren Befindlichkeiten, Bedürfnisse, Denkweisen. Noch immer heißt ein Gebiet in den ostdeutschen Zeitungen „Territorium“, gelegentlich die Hauptstraße noch „Magistrale“, die Fußgängerzone nennen sie grundsätzlich den „Boulevard“, wer arbeitet ist „werktätig“. In den Zeitschriften der Gewerkschaften wird eine deutsche Einheit im Bereich der Mitglieder als Tatsache angenommen, doch die Realität ist anders. Gewerkschaftszeitungen sind „Westprodukte“. Wer ein ostdeutsches Gewerkschaftsbüro betritt und im Vorzimmer des Geschäftsführers die „Frankfurter Rundschau“ findet, weiß, daß hier ein Westdeutscher arbeitet.

II.

Die aus Westdeutschland stammende DGB-Kreisvorsitzende von Leipzig, Edda Möller, durchlitt vor Monaten gewerkschaftliche Realität Ost. Im Kreisvorstand wurde emotional beschlossen, gegen eine Veranstaltung von Rechtsradikalen im örtlichen Zentralstadion zu demonstrieren. Die Realität der „Demonstration“: Edda Möller und zwei Getreue aus dem DGB-Kreis waren anwesend, es fehlten sogar diejenigen aus dem Kreisvorstand, die den Beschluß gefaßt hatten.

In Stendal wollten sich die Mitglieder des DGB-Kreis Vorstandes nicht für die sicherlich notwendige Pressearbeit schulen lassen. Der Kreisvorsitzende Peter Bollfraß, Stendaler von Geburt, interpretierte diesen Entscheid so: Das Gremium bestehe zu 90 Prozent aus Ehrenamtlichen, die aber seien überlastet, übermüdet, die Anfangsbegeisterung sei dahin.

Zu einer Veranstaltung zum Antikriegstag mit Bundesprominenz konnten die Gewerkschaften in Frankfurt/Oder nicht einmal 50 Aktive mobilisieren. Eine Woche später eröffnete eine Bank dort eine Filiale und bot Musik und kostenlose Luftballons - nach Angaben des ORB waren 4 000 Menschen gekommen.

Marktforscher behaupten, daß sich der sogenannte durchschnittliche Ostdeutsche fünf Jahre für den Kauf eines gebrauchten Autos verschuldet. Das ist der Durchschnitt. Es liegen demnach einige zeitlich darüber. Während so manches Auto auf dem Schrottplatz den Weg alles Irdischen gegangen ist, zahlt der frühere Besitzer weiter an den Raten, so als führe es noch. Da wird, wenn eben möglich, am Gewerkschaftsbeitrag gespart. Auch bei früher Aktiven des FDGB scheint das Verständnis einer solidarischen Mitgliedschaft nicht sehr verbreitet zu sein. Helga Mausch, die letzte Vorsitzende des FDGB, in Cottbus in einem Bergbaubetrieb tätig, ist nicht organisiert. Oder Dr. Harald Bühl, einst im Sekretariat des FDGB, also in hoher Funktion für die Kulturarbeit zuständig, lebt als Rentner am Berliner Müggelsee. Aus Solidarität einen Rentnerbeitrag zu bezahlen - das kommt ihm nicht in den Sinn. Anders ist es (noch) in den klassischen westdeutschen Industriegewerkschaften wie Metall oder Bergbau und Energie, dort folgt nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Arbeitsleben der Rentnerbeitrag. Aber auch diese Tradition zerbröseln nun im Westen.

In den ostdeutschen Ländern kann beobachtet werden, was in den westdeutschen mit Zeitverzug Wahrheit werden wird: Solidarität wird nicht praktiziert, die Flucht ins private Konsumleben verschärft sich, Einsatz für andere ist unbekannt, sich ehrenamtlich zu engagieren zum größten Teil verpönt. Zu Wochenendschulungen kommt kaum noch jemand, das sei Freizeit, und diese für andere zu opfern, sind immer weniger Menschen bereit. Ganz gut bezahlte Sekretärinnen des DGB und seiner Gewerkschaften sehen den 1. Mai als privaten Freizeittag, einige verlangten sogar Freizeitausgleich, wenn sie an dem Tag arbeiten müßten. Daß es auch erfreuliche Ausnahmen gibt, versteht sich von selbst.

Der aus Ostdeutschland stammende DGB-Kreisvorsitzende von Dessau, Udo Gebhardt, beschreibt die fehlende Solidarität: „Als es um die Probleme der Waggonbau Dessau ging, da kamen über 5 000 Metaller vor dem Rathaus der Stadt zu einer Protestkundgebung zusammen; kaum einer war von den anderen Gewerkschaften anwesend. Als dann sechs Wochen später zum 1. Mai für die übergeordneten sozialen Probleme in Dessau demonstriert werden sollte, waren gerade einmal 500 Personen gekommen. Und darunter

waren kaum Metaller. Jeder ist nur für sich und seine Forderungen — wenn überhaupt - zu mobilisieren."

Auch Gisela Ohlemacher, DGB-Kreisvorsitzende von Neubrandenburg und gelernte Bürgerin der DDR, stellt gelegentlich frustriert fest, daß die sozial Schwachen, für die sie sich besonders engagiere, zu Protestveranstaltungen oder Kundgebungen nicht zu bewegen seien.

Gründungen von Ortskartellen des DGB sind mühsam. Über riesige Flächen gibt es keine gewerkschaftliche Einrichtung. Mit 9102 Quadratkilometern ist der DGB-Kreis Neubrandenburg nicht nur der weiteste in Mecklenburg-Vorpommern, sondern vielleicht sogar in ganz Deutschland. In diesem großflächigen Gebiet gibt es zwei Ortskartelle; eines in Demmin, 70 Kilometer von Neubrandenburg entfernt, das andere in Waren/Müritz, 50 Kilometer vom Sitz des DGB-Kreises gelegen. Gisela Ohlemacher „betreut“ Waren, ihr Organisationssekretär Ditmar Gall Demmin. Einem Ortskartell müßten Papier, Telefon und ein Raum zur Verfügung stehen, im wesentlichen würden dann die Kolleginnen und Kollegen vor Ort selbständig arbeiten, dachten die beiden. „Das funktioniert aber nicht so“, resümierte Gisela Ohlemacher nach einer gewissen Zeit. Es gebe noch zu wenig Eigeninitiative, klagt die Kreisvorsitzende. Wenn sie nach einer Besprechung mit dem Vorstand im Ortskartell zu jemandem sage, er müsse nun zum örtlichen Bürgermeister gehen, folge meist die überraschte und ablehnende Frage: „Wieso ich?“

Im DGB-Kreis Vogtland ist bisher ein Ortskartell aufgebaut worden, und zwar in Pausa. Günther Groß, der Kreisvorsitzende: „Eigentlich ist das nur eine sehr aktive Frauengruppe. Eine arbeitslose Kollegin hat sich dort enorm engagiert, andere Frauen um sich gesammelt, erst danach traten einige in eine Gewerkschaft ein. Im klassischen Sinne ist das keine Ortskartellarbeit, aber ich bin froh, daß sich überhaupt Gewerkschafterinnen engagieren und etwas tun.“ So berichtete Günther Groß über eine arbeitslose Endvierzigerin, die über ihre persönliche Aussichtslosigkeit in der Arbeitslosigkeit klagte. Eine westdeutsche Gesprächspartnerin schlug vor, der Kollegin zu empfehlen, sich zumindest ehrenamtlich zu engagieren, um nicht trostlos zu Hause zu sitzen. Günther Groß über die vogtländische Realität: „Ehrenamtliche Arbeit, so was gibt es hier kaum.“

III.

Der DGB und seine Gewerkschaften arbeiten in einem Land ohne Solidaritäts-Kultur. Umfragen unter Ostdeutschen suggerieren dagegen den Eindruck, sie seien zu DDR-Zeiten so menschlich gewesen, solidarisch, hätten am Arbeitsplatz zusammengehalten. In fünf Jahren haben sich objektiv die Verhältnisse geändert, die Menschen auch? War die vermeintliche Solidaritätsgesellschaft eine Schimäre? Offensichtlich. Ehrenamtliches Engagement war in der Realität der DDR relativ unbekannt, dort hieß das:

gesellschaftliche Arbeit. Die wurde entweder vom Betrieb bezahlt oder für gesellschaftliche Verpflichtungen wurden Menschen von der betrieblichen Arbeit „freigestellt“. So soll der Fußballklub SC Carl Zeiss Jena 42 Personen hauptamtlich beschäftigt haben, davon einen, der bei Heimspielen die Videokamera führte. Bundesligisten wie der FC Schalke 04 oder Borussia Mönchengladbach, die erheblich höhere Umsätze und gleichviele Mannschaften unterhalten, beschäftigen nicht einmal ein Viertel dieser Personenzahl hauptberuflich. Selbst Profiklubs im Westen leben vom ehrenamtlichen Engagement.

Was im Rückblick vieler Ostdeutscher als solidarische Lebensgemeinschaft geschildert wird, war in der Realität der DDR das Ergebnis von Mangelwirtschaft. Wer etwas hatte, konnte tauschen. Beziehungen waren also lebensnotwendig, das war an sich noch keine Menschlichkeit. Die Rückerinnerung und die Verklärung von Notzeiten nennen Soziologen gelegentlich ironisch „die goldene Zeit des Hungers“. In einem anderen Zusammenhang meinte der formulierfreudige Norbert Blüm, so etwas sei „die heile Welt des Elends“. Jutta Voigt, renommierte, aus Ostdeutschland stammende Redakteurin der „Wochenpost“, sagt über die fatalen Verklärungen: Sie trauern „der Gemütlichkeit des Mangels“ nach. Es war eben keine solidarische Gesellschaft: Wer in der Mangelgesellschaft nichts bieten konnte, bekam auch nichts.

Unter ostdeutschen Arbeitnehmern/Werkträgern geht inzwischen die Angst um. Rosemarie Keller, Bezirksleiterin der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) Süd-Ost (in Sachsen), fürchtet, daß dieser Virus sich auch bei der so kräftigen IG Metall breitmache. Für die ehemalige Bürgerin der DDR, einzige Bezirksleiterin in der GTB, sieht die Bilanz so aus: Noch 1991 gab es in ihrem Bezirk 125000 Organisierte. Entsprechend hoch war die Zahl der Arbeitsplätze in der Branche. Dann wurde Zug um Zug „abgewickelt“. Nun, vier Jahre später, sind es nur noch 25000 Mitglieder, der größte Betrieb beschäftigt gerade 500 Personen, danach folgt einer mit 450, dann kommen die Klein- und Kleinstbetriebe. Obwohl sich die Gewerkschafterin selbst ein Gemüt wie das eines Fleischerhundes attestiert, kommen bei ihr gelegentlich resignative Phasen: „Manchmal habe ich die Schnauze gestrichen voll, wenn die Betriebe so den Bach 'runtergehen. Ich baue mich dann wieder auf, wenn es um Tarifverträge geht.“

„In vielen Betrieben geht es erst ab zehn Personen aufwärts, so klein sind die. Leichter hatten wir es, als es noch mehr Treuhandbetriebe gab. In den Privatunternehmen wird die Angst immer größer. Oft ist es so, Geld möchte ich wohl mehr, aber Gewerkschaft - mach Du das mal. Gewerkschaftsarbeit in Unternehmen, in denen nur 20 Beschäftigte sind, ist schwer. Wir haben hier in unserem Bereich nicht wenige Betriebe, in denen schon ein viertel Jahr keine Löhne gezahlt wurden, die Leute arbeiten trotzdem weiter. Besonders intensiv ist die Loyalität gegenüber Unternehmen, die einen ostdeutschen Besitzer haben.“ Originalton Rosemarie Keller aus Chemnitz.

Die Grundstimmung in der ostdeutschen Bevölkerung sieht „Der Tagespiegel“ in seiner Ausgabe vom 11. August 1995 so: „Hinter den Statistiken lauert der kollektive Einheits-Streß Ost. Ein Gespenst geht um zwischen Rügen und Zittau, Marienborn und Frankfurt/Oder. Die Angst, das eigene Leben irgendwann nicht mehr im Griff zu haben, nagt auch an Personenkreisen mit festen Arbeitsplätzen und gesicherten Einkommen. Wenn Verwandte, Freunde, Bekannte, Nachbarn erleben müssen, was Arbeitsplatzverlust bedeutet, die vergebliche Suche nach einer Lehrstelle, die Enttäuschung über eine magere Rente - dann überträgt sich dieser Streß auch auf die Nicht-Betroffenen. Die sogenannte Signalangst, die Angst vor der Angst, hat sich in Ostdeutschland tief eingeknistet.“ In einer solchen Stimmung läßt sich schwer zum gewerkschaftlichen Kampf aufrufen. In der DDR gab es keine Widerstandskultur. Und fünf Jahre nach ihrem schmählichen wirtschaftlichen Untergang hat sich keine entwickelt.

Das Beitragsaufkommen in den neuen Ländern sinkt, weil Arbeitslose erheblich weniger zahlen. Das führt dazu, daß auch bei der IG Metall in Ostdeutschland die eine oder andere Verwaltungsstelle nicht mehr aus den Beträgen vor Ort lebt. Auch deshalb wurden die Bezirke Sachsen und Berlin-Brandenburg zusammengelegt. Zunehmend ist auch eine Austrittsbereitschaft zu erkennen nach der für Funktionäre bitteren gewerkschaftlichen Erkenntnis: Gewünscht werden zwar Westlöhne, aber keine Westbeiträge. Gehälter aus dem Westen, Beiträge wie zu Zeiten der DDR, so die Wunschwelt.

In den neuen Ländern ist die Gewerkschaftsarbeit mit jener in den alten nicht zu vergleichen. Zwischen Elbe und Oder ist fast alles anders. Der DGB-Vorsitzende Dieter Schulte hat bei einem Treffen mit den DGB-Landesbezirksvorsitzenden aus Ostdeutschland die Problemlage treffend beschrieben: „Es gibt viele Unterschiede. Aber Hinweise auf die Unterschiede werden im Westen sehr schnell und zu oft als Forderung aus dem Osten umgemünzt oder mißverstanden.“